

An den
 Vorsitzenden des Ausschusses
 Allgemeine Verwaltung und Rechtsfragen
 Herrn Winrich Granitzka

Rathaus · 50667 Köln
 Fon 0221. 221-23830
 Fax 0221. 221-23833
 FDP-Fraktion@Stadt-Koeln.de
 www.FDP-Koeln.de

Herrn
 Oberbürgermeister Jürgen Roters

Eingang beim Amt des Oberbürgermeisters: 02.12.2009

AN/1866/2009

Anfrage gem. § 4 der Geschäftsordnung des Rates

| Gremium | Datum der Sitzung |
|--|-------------------|
| Allgemeine Verwaltung und Rechtsfragen/Vergabe/Internationales | 07.12.2009 |

Glasflaschenverbot im Kölner Straßenkarneval

Sehr geehrter Herr Oberbürgermeister,

sehr geehrter Herr Vorsitzender,

der Presse war zu entnehmen, dass in einigen Bereichen des öffentlichen Verkehrs- und Straßenraums (z.B. Alter Markt, Quartier Latäng, Ringe) geplant ist, an den hohen Karnevalsfeiertagen ein Verbot von Glasflaschen bzw. Glasbehältern anzuordnen („*Verbotsgebiet*“).

Daher bitten wir die Verwaltung um Beantwortung folgender Fragen:

1. Welche Erkenntnisse liegen vor hinsichtlich der Entwicklung der Besucherzahlen des Straßenkarnevals in dem Verbotsgebiet für den Zeitraum von 1999 bis 2009?
2. Welche Erkenntnisse liegen vor über die Anzahl von Körperverletzungen, die im Zusammenhang mit dem Feiern von Karneval auf Straßen im Verbotsgebiet begangen wurden für die Jahre 1999-2009?
3. Wie viele der Körperverletzungen gem. Ziffer 2.) wurden mittels einer Glasflasche bzw. Glasflaschenscherbe (nicht etwa abgebrochener Plastikbecher, Taschenmesser, sonstiges Werkzeug etc.) begangen?
4. Ist es beabsichtigt, bei den Besuchern des Verbotsgebiets Taschenkontrollen zum Auffinden von Glasbehältern durchzuführen? Wenn ja, auf welcher Ermächtigungsgrundlage?
5. Ist es beabsichtigt, Leibesvisitationen (i) an den Kleidungsstücken der Karnevalisten bzw. (ii) unmittelbar am Körper der Karnevalisten durchzuführen, um ggf. kleine Glas-

flaschen („Kurze“, Glasflachmänner) aufzufinden? Wenn ja, auf welcher Ermächtigunggrundlage?

Ulrich Breite

gez.

Fraktionsgeschäftsführer

Volker Görzel

gez.

Sprecher für Allgemeine Verwaltung und Rechtsfragen